

Dieses Blatt erscheint täglich 7 Uhr 1. h. Spät. Marienstr. 18. Kaufmannsgebäude, zweitoberstes Stockwerk. Preis: 10 Pfennig. Gilt die Wochendecke ausländischer Währungen nicht mehr sich die Reaktionen nicht bewegen.

Kommunen für uns nehmen an: Die Kunzener-Fabrikat. Hausestein & Siegler — Rudolf Weiß — Faust & Comp. — Auslandsbank — G. Müller in Berlin — Ob. Reich in Magdeburg — A. Baed & Co. in Halle — Steiner in Hamburg.

# Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,  
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

5 Marienstr. 5 G. D. Blass, 5 Marienstr. 5  
und Porticus. und Porticus.  
**Wäsche-Ausstattungs-Geschäft.**

Complete Braut- u. Kinder-Ausstattungen.

Nur eigenes Fabrikat. Billigste Preise.

**Carl Höpfner,**

Landhausstr. Nr. 4 u. 5,

empfiehlt seine

Weinhandlung mit altdeutschen Weinstuben.

Champagner der besten Häuser.

Grosses Weinlager.

**Die Leinenweberei von J. C. Rätze,**

Cunewalde (sächs. Oberlausitz).

empfiehlt alle Arten Leinen- und Baumwollwaren

en gros und en détail zu Fabrikpreisen.

Lager in Dresden: 18 Schloss-Strasse 18,

dem Königl. Schlosse gegenüber.

**Blitzableiter-, Telegraphen-, Telefon- und elektrische Sicherheits-Anlagen** Richard Kandler,  
3 Sophienstrasse 3.

Nr. 161. 28. Jahrgang. Auflage: 38,000 Expl.

Aussichten für den 10. Juni: Schwacher unbestimmter Wind, ziemlich trüb, Gewitterregen, Temperat. wenig verändert.

Dresden, 1883. Sonntag, 10. Juni.

Berichterstatter Redakteur des Politischen Dr. Emil Beyer in Dresden.

Einem Gegner Anerkennung zu zollen, gehört zu den Unstückschäften. Hieraus hat heute der Abg. Eugen Richter Anspruch. Sein letztes Verhalten bei der Budgetberatung im Reichstag enthebt weder der politischen Würde, noch der Wohlangehörigenheit. Man müsste darauf gefasst sein, daß Eugen Richter bei jeder Position des Staates die Gelegenheit am Schopfe nähme, um die sottham bekannten Auftritte zu erneuern. Er hält es nun einmal für Unrecht und für bedenkllich, bereits jetzt den Haushalt für 1884/85 zu beraten. Erst nach dem Aufstall der Erste, meint er, kann man übersehen, welche Geldmittel für die Naturalversorgung des Landesreis und der Marine erforderlich und in den Haushalt einzustellen sind. Hältigt man diese Summen jetzt schon, so sind große Kürbäume kaum zu vermeiden. Auch müßte man die Rechnungsabschlüsse des Vorjahres und den Stand der Reichsautoren kennen, um darnach das Budget zu bemessen. Darin liegt sehr viel Wahres. Grade die enormen Ausgaben für die Verstärkung der Mannschaften und die Fortrage der Flotte bilden einen der wesentlichen Faktoren für die Sicherheit des Reichsbudgets. Es liegt aber hier ein Ausnahmefall vor, für die Beratung des nächsten großen Haushaltssatzes der Sozial-Reform: der Unfallversicherung. Daher wünschte der Kaiser in seiner Botschaft, daß der Reichstag noch im Frühjahr Alles ausarbeitete, was vorliegt. Dazu gehört in erster Linie die Verabschiedung des Budgets. Das meinen denn auch die Konserventiven, das Zentrum und ein Theil der Nationalliberalen. Sie bilden die Mehrheit. Sie sind entschlossen, jetzt den Haushalt zum Abschluß zu bringen. Sie wiesen den Antrag Richters, die Kapitel, die von der Naturalversorgung der Marine handeln, bis nach der Erste zum Abschluß auszuweichen, zurück. Als Richter die Ausführlichkeit seiner Pläne erkannte, fügte er sich mit guter Manier ins Unvermeidliche. Er protestierte: „Nicht was Ihr wollt, ich verhinder mich nicht mehr an der Beratung.“ Eine Folge dieser Resignation ist es, daß nunmehr der Reichstag am Donnerstag aufzukommen scheint.

Die so notwendige Commission zur Untersuchung der Lage der Zucker-Industrie und der Zuckersteuer ist jetzt zusammengetreten. Wenn dieselbe ihre Aufgabe ernstlich aufsieht, so wird der heutige Unzug bald verschwunden sein, wos nach die Gesamtigkeit der Steuergelder Deutschlands einer kleinen Zahl von Personen jährlich viele Millionen zum Bröll macht. Mit unwillkürlichen Ziffern wies Abg. Sonnenmann nach, daß der Verlust an Zuckersteuer, welchen die Reichskasse durch Steuervergütungen an die Zucker-Industriellen erleidet, 1881/82 nicht weniger als 20% Millionen Mark betragen hat. Für das laufende Jahr schätzt man den Ausfall auf 13 Millionen. Was hätte man für dieses Heidengeld Alles schaffen, wie viele - Zäsuren bauen können! Eine baldige und durchgreifende Reform der heutigen Zuckerbelastung ist erforderlich, um einen Zustand zu befreien, der weder mit dem Grundlage der Gerechtigkeit, noch mit den Interessen der Reichskassen zu vereinbaren ist.

Endlich hört man aus dem Schier ermüdeten Verlaufe der Moskauer Feste eine Kunde, welche dem landesväterlichen Herzen des gekrönten Jaren, wie seiner Einsicht in die Verhältnisse ein rührliches Zeugnis liefert. Der neueste Ufa macht den längst erwarteten Anfang zu einer Reform des bürgerlichen Verhältnisses. Er bestätigt die Erhebung einer Kopfsteuer von den ärmeren Bauernklassen durchaus und er verringert die Kopfsteuer für die besser gestellten Bauernklassen um die Hälfte und für die übrigen Steuerpflichtigen um ein Zehntel. Für die russischen Finanzen, die sich außer auf den Eingangsgold weiterlich auf den reichen Ertrag der Brannweinsteuer und die Kopfsteuer aufbauen, bedeutet der hochherzige Entschluß des Kaisers ein Opfer, das tief in die Millionen hineingeht. Die ungerechte aller Steuern ist bekanntlich die Kopfsteuer. Das wissen wir im Deutschen Reich am besten. Unsere Matrikularkräfte sind auch eine Kopfsteuer. Die reichen Hanse in Bremen und Hamburg zahlen pro Kopf an Matrikularkräften auch nicht einen Pfennig mehr als die ärmsten Holzarbeiter im Thüringer Wald. Bei einem Staat aber wie Russland, das in seinen zwei Gedächtnissen 88 Millionen Einwohner zählt, ist eine Reform der Kopfsteuer ein geradezu unmögliches Staatsakt. Wie wird die Staatskasse den Einnahme-Ausfall decken? Man hat da weittragenden Steuerpläne entgegensetzen. zunächst aber überwiegt die Erwartung, daß den alten und hochverdienten Reform-Entschluß Kaiser Alexander III. Er wird dazu beitragen, die große und gefährliche Unzufriedenheit der Bauern zu beendigen. Bei diesem Anlaß sei mir erwähnt, daß die Altbücher das Recht verloren, die Welt darüber aufzuhören, weshalb sie die Moskauer Festage nicht durch irgend eine Schandhaft bestellt haben. Die Herren brüsten sich damit, das sei die Folge ihrer aufgerückten Parteidisziplin. Ein Attentat hätten sie schon festlich gebracht, wenn sie nur gewollt hätten; sie waren aber so gütig, nicht zu wollen. Es ist schwer zu beurtheilen, wieviel Kern in diesen Proklamationen steht. Aufmerksamkeit verdient aber die weitere Anbildung der Altbücher, das sie aufzugeben hätten, Attentate zu initiiieren; sie wollen sich vielleicht auf die Erzeugung von Aufständen setzen. Sobald es der Einfach des Kaisers und seiner Nachbarn gelingt, die dumpe Haltung der bürgerlichen Bevölkerung zu beruhigen, so dürfte dieses neuzeitliche Rezept aus der Nationalistischen Apotheke schlecht anschlagen.

Die standesäische Kammer hat in den letzten Wochen ein Geley beschlossen, das in den Zeitungen unter dem harmlosen Namen „Reform des Richterstandes“ figura, das in Wirklichkeit aber auf eine Unterordnung der Freiheit und Unabhängigkeit des Richter hinzuläuft. Das Geley, wie es jetzt in der Deputiertenkammer angenommen ist, erhöht die Regierung das Recht, innerhalb dreier Monate 600 Richterstellen aufzuhaben und die hierdurch überflüssig gewordene Richter zu pensionieren. Der Justizminister erhält das unbedenkliche Recht, alle richterlichen Amter nach eigenem Freieben zu besetzen. Mit einem Worte: Alle Richter, die ihrer politischen

Überzeugung nach nicht Republikaner sind, wird die liebenswürdige Republik unter das alte Eisen. Die Rechtsprechung soll funktions nicht nach dem ehrlich gebundenen Gewissen des Richters, sondern nach der gerade herrschenden politischen Tagesmeinung erfolgen. Das heißt die Justiz zur Wagn der Gewalt verantwortlich werden. Männer von Charakterlosigkeit werden flüchtig dem Richterstolar vermehren. Die folgen einer solchen Degradation der Justiz auf die öffentliche Moral eines Landes kann sehr leicht ausmachen. Wenn der Senat, der jetzt über diese sogenannte „Justizform“ zu beschließen hat, hier sich einschließen läßt, so thöre er besser, gleich abzudanken.

Der Sultan kommt aus den schweren Sorgen für die Zukunft seines Reiches gar nicht heraus. Armenien und Albanien befreien die beiden Kümmernisse, die ihn augenblicklich am meisten ängstigen. Als der Sultan die schöne Asiel Empor den Engländern abtritt, macht er sich zugleich unterdrückt, in Kleinasien bessere Zustände herbeizuführen. Er hat dies unterlassen und wird jetzt von England gehaftet. In Armenien haben die türkischen Soldaten allerdings ein solches Erpressungssystem organisiert, das die Bewohner nahezu zur Verbrennung gebracht wird. Es heißt auch, Russland kommt an der Grenze ein Heer, um, wenn in Armenien ein Aufstand ausbricht, als Besitzer einzumarschieren. Ob die Vorhabe, die der Sultan kommt unterbreitet hat (Anstellung mehrerer türkischer Gouverneure u. dergl.), ausreichen, um die drohende Empörung hinauszubinden, kann nur die Zukunft lehren. An den entgegengesetzten Seite seines Reichs, in Albanien, widerlegen sich ihm mit beiden Händen in der Hand seine Unterthanen. Die neue Grenze zwischen der Türkei und Montenegro ist noch nicht völlig festgestellt und, zu welchem Angeschlagene auch der Sultan bereit sein mag — die Albaner sind entschlossen, sich jeder neuen Gebietsabtretung zu widersetzen. Der Sultan wird bei ähnlichen Streitkräften ausbieten müssen, um die wilden Bergstämme der Albaner mit Gewalt den Montenegrinern auszuliefern. Schon jetzt war keine Autorität über jene freiheitlichen Bergvölker sehr gering. Nun empfiehlt sie sich mit Waffengewalt und es ist nicht abzuweichen, wie diese blutigen Wirren enden. Daß sie nicht größere Dimensionen annehmen, liegt im allgemeinen Interesse Europas.

**Neueste Telegramme der „Dresdner Radr.“ vom 9. Juni.**

Berlin. Reichstag. Die heutige Sitzung ist die 100. in dieser Saison. Aus diesem Anlaß ist der Präsidententisch mit Bouquets geschmückt. Auf dem Tische des Hauses liegen die Pläne des neuen Reichstagsabdes aus. Präsident Dr. Leyenow eröffnet unter lebhaftem Beifall die 100. Sitzung, worauf in der Beratung die Organisation zum Reichsstaatsrat pro 1883/84 (Reichsabgeordnete ber.) eingezogen wird. Staatssekretär Dr. Reichsberth mit, daß sich gegen die Akademie für das Bauwesen in einem seltsamen Weise mit dem neuen Wallot'schen Entwurf beschäftigt habe, aber die Prüfung nicht völlig beendet habe. Zumal habe man die Frage erörtert, ob das neue Wallot'sche Projekt in seiner Unfehligkeit überhaupt diskutabel sei. Es wurde beschlossen, die neue Form des Reichstagsabdes nicht zur Ausführung vorzuschlagen, vielmehr empfohlen, Wallot mit der Ausstellung eines neuen Projektes auf Grund d. d. alten zu beauftragen. Die Parlamentarbauteilung hat sich dem angegeschlossen. An die Mittheilungen des Staatssekretärs schließt sich eine längere Debatte in welcher die Wünsche bezüglich der Größe und Auslastung des Saales und der Räumlichkeiten geäußert werden. Der Reichstag wird genehmigt und der Ausschuss erfüllt, unter Mitwirkung der Parlamentarbauteilung, den Bau des neuen Reichstagsgebäudes bei möglichster Festhaltung der Grundsätze des Wallot'schen Planes zur Ausführung zu bringen und erklärt man sich mit der Fertigstellung des Sitzungssaals einverstanden. Dann wird in die Beratung des Postabtes eingetreten. Vingens kontrahiert, Sonn. und Feiertage Postenproben, Dienstags, Fasch., Geld- und Werbungen, insoweit diese nicht als Schilderungen aufgegeben werden, von der Postkofferdruckerei ausführlich, sowie Telegrame, Sonn. und Feiertage mit einem Zuschlag von 20 Pf. zu belegen. Für den Antrag sprechen Lingens, Söder, Abe, gegen Staatssekretär Stephan, welcher den Antrag als technisch unausführbar bezeichnet und Richter. Die Abstimmung findet erst in zweiter Lesung statt. Richter bringt die Zeitungsmeldung zur Sprache, wonach ein Postbüro in Swinemünde bei Schneermeilung Zahlung der Beine und Erdbeben davongetragen habe, um für sich und seine Familie eine monatliche Unterstützung von 16 Mark erhalten; nach dem Urteilsetzung hätte er 20 Mark erhalten. Der Reichsberth setzt lieber erst in seinem Rehstof für die Türe treten, bevor er den Privaten Zwangsgesetze aufstelle. Reichsberth setzt Richter: Es handelt sich nicht um ein Beamten, sondern um einen vorübergehend angestammten Schüler oder, auch liegt keine Verumglückung vor und ist seineswegs nachgewiesen, daß seine Erfahrung in irgend welchem Zusammenhang mit den Betätigungen gesstanden. Richter und Richter loben sich in Angriffen auf den Reichsberth, der Wiederschall bemerkt, der Reichsberth könne unmöglich jeden einzelnen Fall kennen. V. Wiederschall bezeichnet die Ausbildung in dieses Falles als ein Vorsatzschulden. Ein Antrag Richter's auf Vorlegung eines Vorsatzschulden durch wieder im Fall von Verunglückung aufzurütteln, wird auf Antrag Windthorst's an die Unfallkommission verweist. Die Weiterberatung wird auf Montag verzögert. Die ganze lezte Sitzung war ein Vorsatz Richter's, eine Abstimmung zur Erledigung der Statthaftung zu vereinbaren.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus berichtet die vom Herrenhaus in veränderten Fassung berücksichtigten Verwaltungsvorschläge. Die vom Herrenhaus beschlossenen Abänderungen im Organisationsbereich wurden gegen die Stimmen der Fortschrittspartei und der Sozialdemokraten angenommen. Beim Zuständigkeitsgesetz besteht das Hauptunterschied zwischen den Vorschlägen beider Häuser darin, daß das Herrenhaus den Beschluss des Abgeordnetenhauses, wonach die Bekämpfung von Gemeindebeamten nur unter Zustimmung des Bezirksausschusses verfolgt werden darf, abgelehnt worden ist. Dr. Bösel (Centrum) beantragte, bei dem Beschluss der zweiten Lesung mit einer Modifikation stehen zu bleiben, v. d. Deutschen Reichs (Centrum) verwarf sich im Interesse des Zuständigkeitsgesetzes für den Antrag Bösel's. V. Tiedemann erklärte darin eine Bekämpfung der Konkurrenz, was Dr. Windthorst entschieden bestreit. Die Aufrechterhaltung der Konkurrenz sei heute wichtiger als je, durch die Leistungsergebnisse werde aber nur geschädigt. Minister Puffamer erklärte, die Regierung halte den Vierel'schen Vorschlag für unzureichend; endgültige Stellung könne sie aber erst dann nehmen, wenn die Belehrung beider Häuser vorliegen. Der Antrag Bösel wurde gegen 5 Stimmen angenommen. Am Uebrigen länden die vom Herrenhaus beschlossenen Abänderungen Annahme. In dritter Beratung wurden dann angenommen die Kanalvorlage und das Stromangebot. V. Minnigerode motivierte bei der Kanalvorlage seine ablehnende Haltung. Ein Kanalvorsystem, wie man es projektierte, werde 400-500 Millionen Kosten verursachen, ohne sich entsprechend zu rentieren. Richtiger sei es, die Eisenbahn-Tarife zu erhöhen und sich bezüglich der Wasserstrassen auf Pachtverträge zu beschränken. — Nächste Sitzung Montag (Kirchenpolitische Vorlage).